

# Indien im Überblick

zusammengestellt von Thomas Stauber

## Indien verhängt Internetsperren

Indische Internetanbieter blockieren in großem Stil zahlreiche Seiten und IP-Adressen mithilfe sogenannter Filtersysteme. Alle großen Internetprovider wie *Airtel*, *Reliance Jio* und *Tata Sky* sind an den Zensurmaßnahmen beteiligt (die großen Anbieter decken etwa 60 Prozent der indischen Internetuser ab). Dies zeigt eine Untersuchung der kanadischen Forschungseinrichtung *Citizen Lab* an der Universität von Toronto in Kanada. Einen entsprechenden Bericht veröffentlichte der *Indian Express* (25. April 2018). Dabei stellte das *Citizen Lab* fest, dass von insgesamt 2464 überprüften Seiten 1158 blockiert werden oder wurden (von August 2017 bis April 2018). Aktuelles Beispiel für die Bemühungen der Regierung, kritische Berichterstattung durch Internetblockaden zu verhindern, betrifft Medienberichte über die Vertreibungen und Verfolgungen der Rohingya in Burma und Indien. Entgegen den Erwartungen handelt es sich bei den geblockten Seiten in den meisten Fällen nicht um illegale Tauschbörsen oder Streamingseiten, sondern viel häufiger um die Websites inländischer oder internationaler NRO, Unterorganisationen der Vereinten Nationen sowie Bürgerrechtsgruppen oder auch um diejenigen von Gesundheitsforen, feministischen Gruppen sowie politischen Aktivist(inn)en. Die Regierung streitet die Berichte und Untersuchungsergebnisse ab.

## Gesetzesvorhaben zu Fake News gekippt

Nur 48 Stunden nachdem die indische Informationsministerin Smriti Irani einen Gesetzesentwurf zur Verfolgung von sogenannten Fake News vorgestellt hatte, wurde dieser von Premier Modi wieder zurückgenommen. Zu groß war der Widerstand der Oppositionsparteien und vor allem von *Influencern* in den sozialen Medien gegen das Vorhaben geworden. Die Kritiker sahen darin einen Angriff auf die freie Meinungsäußerung. Gegner der Regierung hätten so unter Berufung auf dieses Gesetz – und unter dem Vorwand der Verbreitung von Falschmeldungen – mundtot gemacht werden können. Der Begriff Fake News war in Iranis Entwurf nicht präzise definiert. Stimmen aus der oppositionellen Kongresspartei äußerten zwar Zustimmung zu dem Bemühen der Regierung, Fake News zu bekämpfen, äußerten jedoch Bedenken gegenüber dem Ministeriumsentswurf, der leicht hätte missbraucht werden können, um kritischen Journalismus zu unterbinden.

## Fürbitten für eine neue Regierung

Anil Joseph Couto, Erzbischof von Delhi, hat in einem Brief katholische Geistliche und ihre Gemeinden dazu aufgefordert, sich in den kommenden Monaten – bis zu den landesweiten Wahlen im Mai 2019 – mit einer Fürbittenkampagne für eine neue Regierung starkzumachen. Erzbischof Couto brachte zum Ausdruck, dass er den Säkularismus und die demokratischen Prinzipien der indischen Verfassung in Gefahr sehe. Der Brief sorgte für großen Aufruhr, nicht nur bei der regierenden BJP. Ein Regierungspolitiker forderte, die diplomatischen Beziehungen Indiens mit dem Vatikan auf Eis zu legen.

## Kupferschmelzerei sorgt für Proteste

Die Kupferschmelzerei von *Sterlite-Copper* im südindischen Tuticorin (Tamil Nadu) soll ihre Kapazitäten in absehbarer Zeit verdoppeln. Das wünscht sich jedenfalls der Mutterkonzern *Vedanta*. Doch nun steht die Ausweitung der Kupferverarbeitung erst einmal still. Nach dem Urteil eines indischen Gerichts muss zunächst die ansässige Bevölkerung in die Expansionspläne mit einbezogen und ihnen ein Vetorecht ermöglicht werden. Dem Richterspruch vorausgegangen waren wütende Proteste, bei denen elf Menschen von der Polizei erschossen und zahlreiche weitere verletzt wurden. Sie wehren sich gegen Umweltzerstörung und zunehmende gesundheitliche Risiken für die lokale Bevölkerung und Arbeitnehmer/-innen. Die Kupferschmelzerei hatte im Jahr 2009 von der Regierung eine auf fünf Jahre befristete Genehmigung zur Erweiterung erhalten. Nach Ablauf der Frist wurde *Vedanta* die Genehmigung verweigert und zur Bedingung gemacht, dass die Bevölkerung in die Erweiterungspläne mit einbezogen werden müsse. Mit der Regierungsübernahme durch die BJP im Mai 2014 wurde diese Entscheidung jedoch wieder rückgängig gemacht.

## Nipah-Virus: Ist Indien auf Epidemien vorbereitet?

Das weithin unbekannte Nipah-Virus ist im südindischen Kerala ausgebrochen und hat dort bislang 18 Menschen das Leben gekostet. WHO-Experten sorgen sich, da das Virus bislang kaum erforscht sei und weder Impfung noch wirksame Medikamente zur Bekämpfung bereitstünden. Das Nipah-Virus wird von sogenannten Fruchtfledermäusen übertragen, wenn

Menschen mit deren Speichel oder Urin in Berührung kommen. Epidemiologen gehen mittlerweile davon aus, dass der Erreger auch von infizierten Menschen per Tröpfcheninfektion weitergegeben werden kann. Weitere Nipah-Fälle wurden nun auch aus zwei anderen indischen Bundesstaaten gemeldet. Laut WHO gehört Nipah zu den acht gefährlichsten Viren der Welt, bei dem ebenfalls die Gefahr einer Epidemie (wie bei Ebola und Zika) bestehe. Viele Expert(inn)en bemängeln, dass man auf dem Subkontinent nicht auf eine mögliche Epidemie vorbereitet sei: Ein wichtiger Schritt in diese Richtung wäre, wenn Indien sich der standardisierten WHO-Evaluierung *Joint External Evaluation* (JEE) unterzöge.

### „Operation 136“ deckt gekaufte Berichterstattung auf

Investigativjournalisten der Onlinenachrichtenseite *Cobrapost* haben flächendeckende Korruption in den großen indischen Medienunternehmen offengelegt. Insgesamt hatte man 27 Medienhäuser (TV-News und Zeitungen) mit versteckter Kamera aufgesucht und dort nicht nur „bezahlte Nachrichten“ bekommen, sondern – ebenfalls gegen Bares – negative Berichterstattung über politische Gegner. Selbst der Wunsch des „Auftraggebers“ nach einer polarisierenden Berichterstattung traf bei den Vertretern der großen Medienhäuser nicht auf Ablehnung. *Cobrapost* wollte mit seiner „Operation 136“ auf die Schwierigkeiten einer unabhängigen Berichterstattung und auf die geringe Bedeutung der Pressefreiheit in Indien hinweisen: die Ziffer ist eine Anspielung auf den Rang Indiens in der Liste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen.

### Parteien-Patt in Karnataka

Nachdem es bei den Wahlen in Karnataka zu einem Patt gekommen war, konnte am 23. Mai H.D. Kumaraswamy von der *Janata Dal Secular* (JD (S)) in sein Amt eingeführt werden. Die BJP hatte sich zwar die meisten Mandate gesichert (104 Sitze), konnte jedoch nicht die absolute Mehrheit auf sich vereinen. Die Wahlen waren zudem überschattet vom Verdacht der Manipulation elektronischer Wahlurnen und von Versuchen, Mitglieder anderer Parteien mit großen Geldbeträgen „abzuwerben“ und zum Übertritt zur BJP zu bewegen. Daraufhin griff das Oberste Gericht in Delhi ein und forderte die Vertrauensfrage. Diese gewann H.D. Kumaraswamy mit 116 Stimmen. Die JD (S) ist eine Koalition mit der Kongresspartei eingegangen.

### Deutscher Bundespräsident auf Staatsbesuch in Indien

Frank-Walter Steinmeier reiste Ende März zu einem Staatsbesuch nach Indien. Er traf sich mit dem indischen Präsidenten Kovind und seinem Vize Naidu sowie mit Premier Modi. Zudem besuchte der Bundespräsident die historische Stadt Varanasi mit ihren bedeutenden hinduistischen Tempeln sowie der *Banaras Hindu University*. Auf seiner Agenda standen ferner Besuche des *Bharat-Benz-Werkes* und der bekannten Ingenieurskaderschmiede *IIT (Indian Institute of Technology)* Madras in Tamil Nadu. Einerseits ging es für Steinmeier und seine Delegation darum, die ohnehin recht guten Wirtschaftsbeziehungen zu pflegen und möglichst noch zu intensivieren. Ganz oben auf der Agenda dürfte das Thema Freihandelsabkommen zwischen Indien und der EU gestanden haben. Zu diesem Zweck traf Steinmeier mit zahlreichen indischen und deutschen Wirtschaftsvertretern zusammen. Andererseits wollte man ein Zeichen setzen für die religiöse Toleranz in Indien, die es nach Steinmeiers Worten zu schützen gelte. Neben buddhistischen und hinduistischen Tempeln sowie Moscheen erwiesen Steinmeier und seine Delegation dem *Father of the Nation* Gandhi durch eine Kranzniederlegung an seinem *Samadhi* die Ehre. First Lady Elke Büdenbender besuchte mit dem Geschäftsführer von UNICEF Deutschland, Christian Schneider, in Chennai das Hilfsprojekt *Arunodhaya Children's Center*.

### Erneuter Fall von sexueller Belästigung an einer Hochschule

An der renommierten *Jawaharlal Nehru University* (JNU) wurde am 21. März der Naturwissenschaftler Prof. Atul Johri festgenommen, nachdem er wegen sexueller Belästigung mehrfach angezeigt worden war. Er wurde jedoch nach kurzer Zeit unter Bewährung wieder auf freien Fuß gesetzt. Dafür musste er eine Kaution von 30.000 Rupien (etwa 375 Euro) hinterlegen. Es hagelte daraufhin Proteste gegen seine Freilassung von Frauenrechtsgruppen, Studierenden und aus Teilen der Professorenschaft. Die Gegner forderten, ihn in Untersuchungshaft zu nehmen. Johri habe seine zahlreichen und überdies einflussreichen Positionen in der JNU-Administration missbraucht, über die er Betroffene einschüchtern konnte. Zudem sei Johri RSS (*Rashtriya Swayamsevak Sangh*)-Gefolgsmann. Daher müsse davon ausgegangen werden, dass er aufgrund seiner Verbindungen zu Politikern straflos aus der Sache herauskomme.

### Verdächtiger im Mordfall der Journalistin Gauri Lankesh

Mittlerweile konnte ein *Hindutva*-Extremist im Zusammenhang mit dem Mord an der Journalistin Gauri Lankesh im September 2017 festgenommen werden. Naveen Kumar soll am Mordkomplott beteiligt gewesen sein, wenngleich ihm bislang eine Täterschaft nicht nachgewiesen werden konnte. Die Staatsanwaltschaft geht auf jeden Fall davon aus, dass Kumar zumindest am Ausspähen des Mordopfers und der Beschaffung der Waffe, mit der Gauri Lankesh ermordet worden war, beteiligt war. Nach Angaben der Ermittlungsbehörden ist Kumar Mitglied der hindunationalistischen Splittergruppe *Sanatan Sanstha*. Diese Gruppierung steht in Verdacht, hinter den Morden an den *Hindutva*-Gegnern und linken Intellektuellen M. M. Kalburgi, Narendra Dabholkar und Govind Pansare zu stecken. In allen Mordfällen soll dieselbe Waffe verwendet worden sein.

### Indien will Kampf gegen Tuberkulose verschärfen

In Indien sterben jedes Jahr knapp eine halbe Million Menschen an Tuberkulose (TB). Die Dunkelziffer dürfte bei über einer Million Fälle liegen. Deswegen will man den Kampf gegen die Krankheit verschärfen. Premier Modi hatte dazu jüngst die Regierungskampagne für ein TB-freies Indien vorgestellt. Das Gesundheitsministerium hat zudem angekündigt, harte Strafen gegen Ärzte, Apotheker und Krankenhauspersonal durchzusetzen, die TB-Fälle nicht an die Behörden melden: in schwerwiegenden Fällen ist mit Gefängnis zwischen sechs Monaten und zwei Jahren zu rechnen. Seit 2012 ist TB in Indien meldepflichtig, ein Verstoß wurde aber bislang nicht strafrechtlich verfolgt.

### Modi trifft Kardinal Gracias

In einem Vier-Augen-Gespräch zwischen Premier Modi und Kardinal Oswald Gracias hat der Premier seinen Willen bekundet, den Papst nach Indien einzuladen. Allerdings sei es derzeit schwierig, einen geeigneten Termin zu finden – so die offizielle Verlautbarung –, da in diesem Jahr einige wichtige Wahlen anstünden und Modi zahlreiche andere wichtige Staatsleute zu empfangen habe. Papst Franziskus selbst hatte wiederholt seinen Wunsch zum Ausdruck gebracht, Indien zu besuchen. Der Kardinal berichtete Modi in dem Gespräch ebenfalls von der wachsenden Furcht unter indischen Christen, zum Opfer „sporadischer“ Angriffe zu werden, denn immer mehr kirchliche Einrichtungen und Christen-Vertreter/-innen würden in verschiedenen Teilen des Landes attackiert.

Gracias forderte den Premier auf, diese Gewaltakte ausdrücklich zu verurteilen, damit auch Christen wieder beruhigt ihrem Glauben folgen könnten. Christen seien zwar eine kleine Minderheit, doch dürfe ihr Anteil und Beitrag zum „*Nation-Building*“ nicht unterschätzt werden, den der Kardinal mit 15 bis 20 Prozent angab.

### Todesstrafe für Vergewaltigung von Kindern

Die Modi-Regierung hat in einer „Notfallsitzung“ eine Gesetzesänderung durchs Parlament gebracht, mit der die Todesstrafe bei Vergewaltigung von Kindern unter 12 Jahren ermöglicht wird. In den letzten Wochen waren die Diskussionen um und Proteste gegen sexualisierte Gewalt gegenüber Mädchen und Frauen aufgrund zweier Sexualverbrechen wieder aufgeflammt. Zehn Monate nach dem Sexualverbrechen an einem 17-jährigen Mädchen in Unnao (Uttar Pradesh) hatte das Opfer versucht, sich das Leben zu nehmen – aus Protest gegen die Untätigkeit der Polizei. Diese deckt einflussreiche Lokalpolitiker der regierenden BJP, denen eine Tatbeteiligung nachgesagt wird. Ferner wurde im Januar 2018 in Kathua, in Jammu und Kaschmir, das 8-jährige muslimische Mädchen Asifa vergewaltigt und ermordet. Auch hier versuchten hochrangige BJP-Politiker, ihre schützenden Hände über die mutmaßlichen Täter zu halten. Zahlreiche Protestkundgebungen und Demonstrationen im ganzen Land folgten, bevor Modi Mitte April sein Schweigen brach, indem er Sexualverbrechen und -morde verurteilte, sich jedoch nicht direkt zum Mord an Asifa äußerte.

### Frauen erkranken häufiger an Krebs

Entgegen dem globalen Trend sind Frauen in Indien häufiger von Krebserkrankungen betroffen als Männer. Dies berichtet die Wissenschaftszeitschrift *The Lancet Oncology*. Insgesamt gibt es in Indien über 1,5 Millionen neue Fälle pro Jahr. Das sind im globalen Vergleich relativ wenige. Grund für die insgesamt geringe Anzahl ist primär die junge Bevölkerung, sagen die Forscher/-innen. Doch sind die Überlebenschancen in Indien nicht sehr hoch: Nicht mal ein Drittel überlebt die ersten fünf Jahre einer Krebserkrankung. Warum viel mehr Frauen an Krebs erkranken, erschließt sich den Forschern (noch) nicht. Zum einen sind es vermutlich bekannte Risikofaktoren wie Übergewicht, kalorienreiche Ernährung, späte Schwangerschaften, weniger Kinder und weniger Stillen, die für die häufigeren Krebserkrankungen verantwortlich sind. Zum anderen werden Krebsfälle bei Frauen aufgrund der gesellschaftlichen Scham (insbesondere bei Brust- und Gebärmutterhalskrebs) häufig erst in fortgeschrittenem Stadium festgestellt. Deshalb

fordern Expert(inn)en einen offensiveren Umgang mit den Themen Krebs bei Frauen und reproduktive Gesundheit. Krebspräventionsprogramme und -aufklärung sind bislang nicht sehr ausgeprägt. Seit 1976 existiert zwar ein Krebs-Kontrollprogramm, jedoch fließen nicht genügend Mittel in solche Initiativen: die Regierung gibt lediglich 1,2 Prozent des BIP für Gesundheit aus.

### **Neue Partei für die Interessen von Dalits und Adivasi**

Eine Gruppe von etwa 50 Absolventen der in Indien sehr prestigeträchtigen *Indian Institutes of Technology* (IITs) hat sich zusammengefunden, um eine neue Partei zu gründen. Die *Bahujan Azad Party* hat sich zum Ziel gesetzt, für die Rechte der *Scheduled Castes* sowie *Scheduled Tribes* und anderer benachteiligter sozialer Gruppen einzutreten. Diese hätten nach Ansicht der Parteivertreter/-innen noch immer keine Lobby, die ihre Anliegen und Interessen tatsächlich vertreten würde. Die Partei wartet noch auf eine Zulassung durch die indische Wahlkommission.

### **Modi zum Abendessen im Kanzleramt**

Regierungschef Modi traf sich am 20. April mit Kanzlerin Merkel zu einem gemeinsamen Arbeitsessen im Kanzleramt. Der Premier befand sich nach Staatsbesuchen in Skandinavien und Großbritannien auf der Rückreise nach Indien. Die deutsche Wirtschaft brachte die Hoffnung zum Ausdruck, die beiden Staatenlenker könnten das Freihandelsabkommen zwischen Indien und der EU erneut anstoßen, das nun seit Jahren auf Eis liege. Der „zunehmende Protektionismus“ Indiens macht deutschen Unternehmensvertretern zu schaffen. Andererseits ist Deutschland der größte Handelspartner Indiens in Europa. Der bilaterale Handel hatte 2016 ein Volumen von über 17 Milliarden Euro. Nach dem Brexit wird Deutschland neben Frankreich als Handels- und politischer Partner auch für Indien immer bedeutender.

### **Ehemalige BJP-Ministerin freigesprochen**

Die ehemalige BJP-Ministerin Maya Kodnani wurde Ende April vom Vorwurf der Verschwörung und Beteiligung an den *Gujarat Riots* 2002 freigesprochen. In einem vorangegangenen Gerichtsverfahren im Jahr 2012 war sie für schuldig befunden worden, als „Rädelsführerin“ maßgeblich für die Ermordung von 97 Muslimen verantwortlich zu sein. Damals war sie zu 28 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht hatte nun in dem wieder aufgerollten Verfahren elf Zeugenaussagen als „nicht zuverlässig“ abqualifiziert und Kodnani überraschend

freigesprochen. Angehörige der Opfer wollen jetzt beim *High Court* von Gujarat Berufung einlegen.

### **Dalit-Christen fordern Anerkennung und Unterstützung**

Der nationale Verband der Dalit-Christen (*National Council Dalit Christians*, NCDC) will sich weiter für die Aufnahme von Dalit-Christ(inn)en in die Liste der *Scheduled Castes* einsetzen und zu diesem Zweck Großveranstaltungen sowie Demonstrationen in verschiedenen Teilen des Landes abhalten, insbesondere in Tamil Nadu, Andhra Pradesh und Punjab. Der Verband traf sich auch mit Abgeordneten und politischen Führern wie dem Regierungschef von Delhi, Arvind Kejriwal, sowie dem Staatsminister für soziale Gerechtigkeit und Empowerment, Ramdas Athawale, um ihren Anliegen Nachdruck zu verleihen. Ebenfalls stand ein Treffen mit dem Generalsekretär der CBCI (*Catholic Bishop's Conference of India*), Bischof Mascarenhas, auf der Agenda. Dieser hatte den Anliegen der Dalit-Christen seine volle Unterstützung zugesagt. Er versprach zudem, auch bei den katholischen Bischöfen des Landes Druck zu machen, sich für die Anliegen der Dalit-Christen einzusetzen.

### **Mumbai tut sich schwer mit Plastikverbot**

In einer offiziellen Bekanntmachung der Stadt vom 23. März hatte es geheißen, dass die Herstellung, Verwendung, der Verkauf, der Import und die Lagerung sämtlicher Plastikartikel fortan nicht mehr gestattet sei. Die Behörden zählen zu den verbotenen Kunststoffartikeln unter anderem Tragetaschen, Einwegbecher, Trinkhalme, Styropor-Teller und Besteck. Zunächst hatte die Stadtverwaltung für die Umsetzung des Verbotes eine Frist von einem Monat vorgesehen. Doch angesichts der Tragweite der Entscheidung wurde diese inzwischen auf zwei Monate verlängert. Auch mit Geld- und Gefängnisstrafen will man ernst machen: Bei Missachtung drohen zwischen 5000 und 25.000 Rupien Geldstrafe (zwischen 60 und 300 Euro). Auch Gefängnisstrafen sind bei wiederholten Verstößen möglich. Ob die Gesetze wirklich konsequent angewendet werden, ist offen: Nach Bekanntgabe wurden kurzum Plastikflaschen unter 500 Milliliter vom Verbot wieder ausgenommen. Eine irrationale Revision, die jedoch auf besonders gute Verbindungen eines Abfüllers von Mineralwasser in die Politik zurückzuführen ist. Viele andere Hersteller stehen nun Schlange, um für sich ebenfalls Ausnahmeregelungen herauszuholen. Der Verband der Kunststoffhersteller begründet die angestrebten Ausnahmen vor allem mit drohenden finanziellen Verlusten, dem Abbau von Ar-

beitsplätzen und mangelnden Alternativen. Einige Hersteller sind nun angesichts der angedrohten Strafen auf Stoffbeutel und Öko-Einweggeschirr umgestiegen (häufig aus Betelpalmenblättern hergestellt).

### Skandal um „geleakte“ Facebook-Benutzerdaten

Auch in Indien musste der Facebook-Konzern eingestehen, dass persönliche Informationen von über 500.000 Usern durch das Politikanalyse-Unternehmen *Cambridge Analytica* (CA) abgesaugt und für gezielte Parteiwerbung missbraucht wurden. Zu den Kunden des CA-Ablegers in Indien zählen nach Medienberichten die Kongresspartei, die *Janata Dal* (United) und regionale BJP-Ableger. Verbraucherschützer/-innen gehen davon aus, dass es sich nur um die „Spitze des Eisberges“ handelt, da in Indien aufgrund der großen Bevölkerungsanzahl und Internetbenutzer für *Data Mining* ein riesiges Potenzial besteht, auch weil strengere Regulierungen für den Umgang mit Nutzerdaten noch ausstehen. Nun gibt es erste Vorwürfe, dass auch bei Twitter Userdaten „zweckentfremdet“ wurden.

### Medien ziehen Regierungsbilanz der letzten vier Jahre

Nach genau vier Jahren im Amt zogen einige Modi-kritische Medien für die BJP-Regierung (Zwischen-)Bilanz. Die Negativfolgen der Demonetarisierung und der Einführung der Mehrwertsteuer (GST), mit der die Modi-Regierung viele Arme und kleine Betriebe an den Rand ihrer Existenz drückte, waren in der Vergangenheit bereits ausführlich diskutiert worden. Doch auch andere zahlreiche Regierungsprogramme und deren konkrete Umsetzung ließen sich für viele Beobachter/-innen auf die niederschmetternde Schlagzeile bringen: „Viel Tamtam und wenig Umsetzung“. Zu den schlagkräftigen Argumenten gegen die vermeintlichen Erfolge zählen auch magere Fortschritte beim Wohnungsbau: Von den 20 Millionen versprochenen Wohnungen wurde nur ein Bruchteil gebaut (bislang nur 1,8 Prozent). Auch die *Smart-Cities*-Projekte sind zu 70 Prozent noch immer nicht fertiggestellt, gerade einmal 5 Prozent gelten als abgeschlossen. Auch Vertreibungen von Slumbewohnern gehen weiter: Allein aus den letzten vier Jahren gibt es 54.000 dokumentierte Fälle behördlich angeordneter Wohnungsverstörungen. Die Dunkelziffer dürfte noch weitaus höher liegen. Im Rahmen der „Kampagne für ein sauberes Indien“ konnten bislang lediglich 34 Prozent der angekündigten WC-Anlagen errichtet werden. Auch der Arbeitsmarkt sieht eher düster aus: Noch immer sind 90 Prozent der

arbeitenden Bevölkerung im informellen Sektor beschäftigt (keine soziale Absicherung, kein geregeltes Einkommen). Und unter den Jugendlichen grassiert die Arbeitslosigkeit: 30 Prozent sind weder beschäftigt noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung. Von den angestrebten 400 Millionen Ausbildungsplätzen konnten bislang gerade einmal 12 Prozent realisiert werden. Auch von der zunehmenden Automation geht eine Bedrohung für Arbeitsplätze aus. Nach Expert(inn)enmeinungen könnten fast 70 Prozent der Arbeitsplätze dem Einsatz von Robotern und einer weitgehenden Automation zum Opfer fallen.

### Christliches Krankenhaus in MP angegriffen

Das *Pushpa Mission Hospital* in der Tempelstadt Ujjain in Madhya Pradesh wurde Ende März Ziel eines Übergriffes von Hindunationalisten. Etwa 60 Personen griffen – mit scharfen Gegenständen bewaffnet – das Krankenhaus an und rissen mithilfe eines Bulldozers die Grundstücksmauern ein. Dabei attackierten sie auch das Krankenhauspersonal, das zum größten Teil aus katholischen Nonnen besteht. Die Hindu-Rechten blockierten zudem den Zugang zur Notaufnahme und zerstörten Teile medizinischer Geräte sowie Stromgeneratoren. Anfang des Jahres ist das Krankenhaus Ziel einer Hetzkampagne geworden: Hindunationalistische Politiker warfen der Leitung vor, eine größere Fläche für das Krankenhaus zu beanspruchen, als eigentlich nach offiziellen Grundstücksplänen zugeordnet. Wie indische Medien berichteten, waren die Angestellten des Hospitals den Angriffen hilflos ausgeliefert, da die Polizei nicht einschritt.

### Telugu Desam Party kündigt BJP die Gefolgschaft auf

Die in Andhra Pradesh (AP) ansässige *Telugu Desam Party* (TDP), die über 16 Abgeordnete im Parlament in Delhi verfügt, hat Mitte März die Regierungskoalition mit der BJP verlassen. Die TDP hatte einen Sonderstatus bei der Zentralregierung für AP erreichen wollen. Zuvor waren bereits zwei TDP-Minister im Kabinett Modis zurückgetreten. Hintergrund ist die Abtrennung des neu gegründeten Bundesstaates Telangana von Andhra Pradesh: Am 2. Juni 2014 „verlor“ Andhra Pradesh jeweils rund 40 Prozent seiner Fläche und seiner Einwohner an den neuen Bundesstaat Telangana. Seit der Abspaltung hat Andhra Pradesh mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Dies sollte sich mit dem versprochenen Sonderstatus und einem entsprechenden Finanzausgleich der Bundesstaaten ändern. Bislang gibt es jedoch keine Anzeichen dafür, dass die Regierungskoalition Ausgleichszahlungen plant.